

# BFS-FACHBEITRAG

# 10/16

## Herausforderungen bei der Integration von Flüchtlingskindern an Schulen

*Dietmar Schlömp, Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP)*

Noch vor einem Jahr haben die Schlagzeilen mit den hohen Flüchtlingszahlen weltweit die Medienlandschaft dominiert. Dazu hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Aussage „Wir schaffen das!“ beigetragen. Heute sind die Zahlen rückläufig. Aber niemand weiß, wie lange diese Situation anhalten wird. Bereits nächstes Jahr könnten erneut viele Menschen und darunter unzählige Kinder vor der schwierigen Situation in ihren Herkunfts-ländern nach Deutschland fliehen. Die große Herausforderung liegt dabei immer noch vor uns. Die Schulen stehen bei der Integration der geflohenen Kinder und Jugendlichen am Anfang. Dies erfordert von allen Beteiligten größtmögliche Anstrengungen. Die Integration in die Schulen und letztendlich in die Gesellschaft wird uns voraussichtlich über Jahre beschäftigen. Die Bildungseinrichtungen spielen dabei eine Schlüsselrolle, denn durch sie wird den geflohenen Kindern ein geregelter Alltag ermöglicht. Sie garantieren Stabilität und bieten Anschlussmöglichkeiten. Gleichzeitig lenken sie die Kinder von dem Erlebten ab und fokussiert sie auf den Unterricht.

Aber wie sieht die aktuelle Lage in den Schulen aus? Die meisten Zahlen der Flüchtlings-debatte basieren auf Schätzungen. Zwischen 2014 und Mai 2016 stellten 221.000 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren einen Asylantrag. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge liegen allerdings noch mehrerer Hunderttausend unbearbeitete Anträge aller Altersgruppen. Die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) geht davon aus, dass derzeit zusätzlich 325.000 Kinder und Jugendliche beschult werden müssen. Bei der Beschulung gibt es allerdings große Unterschiede. Zunächst bei der Schulpflicht: Sie ist unabhängig vom legalen Status. In den Bundesländern bestehen jedoch verschiedene Regelungen. So greift sie beispiels-

weise in Bayern für Flüchtlingskinder ab dem dritten Monat nach Zuzug, in Baden-Württemberg erst nach dem sechsten und in Brandenburg ab Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung.

Diese unterschiedlichen Regelungen gehen auf das so genannte Kooperationsverbot zurück. In einigen Bundesländern geht dadurch viel wertvolle Zeit verloren. Zeit, die notwendig wäre, um den Kindern einen schnellen Anschluss zu ermöglichen. Eine wichtige Maßnahme, die noch vor der Einschulung erfolgen muss, ist die Feststellung von Kompetenzen. Die so genannte „Potenzialanalyse“, die vom Kultusministerium Baden-Württemberg in Auftrag gegeben wurde, hat den Zweck, die Kinder auf die passende Schule und die richtige Jahrgangsstufe zu schicken, um ihre Potenziale bestmöglich fördern zu können.

### Eine längere sprachliche Förderung muss gewährleistet werden

Laut Schätzungen fanden zwischen 200.000 und 300.000 Kinder und Jugendliche bisher einen Platz an einer Schule. Auch bei der Integration in die Klassen gibt es keine einheitlichen Regelungen. Je nach Bundesland kommen die Kinder in Vorbereitungs-, Übergangs-, oder Auffangklassen. Eines ist allen gemein: Die Kinder und Jugendlichen sollen dort Deutsch lernen, bevor sie in den normalen Unterricht integriert werden. Wie dieses Ziel erreicht werden soll, ist von Bundesland zu Bundesland, teils sogar von Schule zu Schule verschieden.

In der Regel sollen die Schüler nach etwa einem Jahr bereit sein für die so genannten Regelklassen. Hierzu ist es erforderlich, dass sie das Sprachniveau „B1“ erreichen. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hatten nicht einmal zwei Prozent der Asylbewerber aus dem Jahr 2015 bei ihrer Ankunft Deutschkenntnisse und weniger als ein Drittel konnte Englisch. Es ist deshalb unbestritten, dass die wichtigste Voraussetzung für eine schnelle Integration ein schneller Spracherwerb ist. Ein Jahr Deutschförderung reicht allerdings nicht aus. Je jünger die Schüler sind, desto schneller können sie zwar die Sprache lernen. Je älter die Kinder und Jugendlichen allerdings sind, desto länger brauchen sie, um in einer fremden Sprach- und Schulkultur mithalten zu können.

Eine längere sprachliche Förderung muss deshalb gewährleistet werden. Neben dem zeitlichen Aspekt des Spracherwerbs besteht auch das Problem einer gleichmäßigen räumlichen Verteilung. Der Anteil der Flüchtlingskinder an der Gesamtschülerschaft beträgt im Durchschnitt bislang lediglich zwei Prozent. Das erscheint relativ wenig. Allerdings schwanken die Zahlen zwischen Stadt und Land enorm. In Ballungszentren ist der Anteil häufig höher als in ländlichen Regionen.

### Bis zu 30.000 Lehrkräfte werden benötigt

Die wohl wichtigste Frage, die sich bei den vielen Herausforderungen stellt, ist die Frage nach den geeigneten Lehrkräften und nach einer psychotherapeutischen Betreuung für die Kinder und Jugendlichen. Damit sind enorme Kosten verbunden. Der kürzlich veröffentlichte Bildungsbericht des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kommt zu dem Ergebnis, dass jährlich zusätzlich 3,5 Milliarden Euro gebraucht werden, um die geflüchteten Kinder und Jugendlichen angemessen ins deutsche Bildungssystem zu integrieren. Die Kosten schlüsseln sich auf in 700 Millionen Euro für Kitas, 1,3 Milliarden für Schulen und 1,2 Milliarden Euro,

um die Flüchtlinge auf eine Ausbildung vorzubereiten. Die Summe bezieht sich auf die Flüchtlinge, die bis 2016 nach Deutschland gekommen sind.

Außerdem werden laut Bericht 15.000 bis 30.000 zusätzliche Lehrkräfte benötigt. Weitere Institutionen kommen auf ähnliche Zahlen: Der Bildungsbericht 2016 geht von 10.000 bis 14.000 Lehrkräften aus und die Kultusministerkonferenz schätzte im Oktober die Zahl auf 20.000. Die Kosten beziffert die KMK alleine für die Schulen auf 2,3 Milliarden Euro. Die Ausgaben für die sozialpädagogische und psychologische Betreuung sind darin noch nicht enthalten. Aber woher sollen die fehlenden Lehrkräfte kommen? Die KMK gibt weiterhin an, dass bereits mehr als 12.000 Lehrkräfte eingestellt wurden und weitere Einstellungen dieses und kommenden Jahr folgen.

In den meisten Bundesländern herrscht jedoch Lehrermangel. Vor allem Pädagogen mit der Zusatzqualifikation „Deutsch als Zweitsprache (DaZ)“ sind gefragt. Einige Länder mobilisieren deshalb in großen Umfang pensionierte Lehrkräfte, wie zum Beispiel Baden-Württemberg. Laut Medienbericht hat das Land im vergangenen Jahr 30.000 Lehrer im Ruhestand kontaktiert. Bisher sind allerdings erst 344 Verträge zustande gekommen. Die geplanten Ausgaben für die Integration müssen deshalb so effizient und zielgerichtet wie möglich investiert werden. Es müssen die notwendigen Anreize geschaffen werden, um Lehrkräfte zu gewinnen. In vielen Bundesländern wäre es deshalb langfristig sinnvoll, den Betreuungsschlüssel zu erhöhen.

Hinzu kommt, dass sich die Anforderungen an die Lehrkräfte verändert haben. Erste Praxiserfahrungen haben gezeigt, dass sie in Willkommens- und Regelklassen mit hohen Flüchtlingsanteilen weit mehr leisten, als die reine Lernstoffvermittlung. Neben dem Auffangen und Erkennen von Traumata bei den Flüchtlingskindern gilt es, auch den Eltern mit Hilfestellungen erste Schritte in die Gesellschaft und in das deutsche Schulsystem zu ermöglichen. Der Schulbesuch eines Kindes aus Syrien ist vom Regelablauf mit dem Besuch einer Schule in Deutschland nicht vergleichbar. Die kulturellen Unterschiede lösen gerade zu Beginn auch bei den Eltern Irritationen aus, die eine verstärkte Elternarbeit notwendig machen.

Hierdurch befinden sich die Lehrkräfte in dem dauerhaften Spagat, die Unterrichtsinhalte für alle didaktisch zielführend zu vermitteln, ohne dabei die individuellen Anforderungen jedes einzelnen Schülers und Elternteils zu vernachlässigen. Dies kann nicht allein vom Lehrer erbracht werden. Hier ist dringend verstärkende Unterstützung durch Sozialpädagogen und Psychologen notwendig. Nur so kann dauerhaft eine erfolgreiche Integration in den Schulen gelingen.

### Schulen leisten unabhängig von ihrer Trägerschaft einen erstaunlichen Beitrag

Trotz der großen Herausforderungen ist ein Großteil der Schulen zuversichtlich. Auch die KMK ließ im vergangenen Jahr verlauten, dass es bislang keine gravierenden Probleme an den Schulen bei der Integration von Flüchtlingskindern gibt. Positive Antworten kamen vor allem aus den neuen Bundesländern wie Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Aus Hessen wird berichtet, dass die Kinder eine große Lernwilligkeit zeigen und schnelle Fortschritte im Spracherwerb machen.

Jedoch dürfen wir uns keine zu großen Illusionen machen. Die Integration läuft zwar den Umständen entsprechend gut, aber steckt noch in den Anfängen. Eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit hat ergeben, dass der Bildungsstand bei den Flüchtlingen sehr unterschiedlich ist. Es gibt eine Polarisierung am oberen und unteren Bildungsrand. Dies liegt vor allem an der unterschiedlichen Herkunft der Flüchtlinge.

Das IAB kommt weiter zu dem Schluss, dass die erneute Integration umso schwieriger wird, je länger ein Mensch dem Bildungssystem ferngeblieben ist. Im vergangenen Jahr ist viel wertvolle Zeit verstrichen. Erst durch das Integrationsgesetz wurde ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen aufgebaut. Der Mangel an ausreichend ausgebildeten Lehrkräften kommt erschwerend hinzu. Trotz allem leisten die deutschen Schulen, unabhängig von ihrer Trägerschaft, bei der Integration einen erstaunlichen Beitrag. Auch freie Schulen haben dabei unterschiedliche Konzepte zur Integration von Flüchtlingen erarbeitet. Laut Andreas Schleicher, Bildungsdirektor der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), kann Deutschland mit der Eingliederung hunderttausender Flüchtlinge in sein Bildungssystem deshalb zum Musterbeispiel für eine erfolgreiche Integration werden.

### Freie Schulen haben von Anfang an eine hohe Bereitschaft signalisiert

Welches pädagogische Konzept dabei am erfolgreichsten ist, ist allerdings noch unklar. Es ist noch zu früh, um eine Musterlösung zu präsentieren. Statistische Zahlen zu Schulabschlüssen oder Übergangsquoten fehlen. Der Erfolg hängt dabei von vielen Faktoren ab. Entscheidend sind die Klassengröße, die Durchmischung der Schülerschaft und die Anzahl der Lehrer. Freie Schulen haben von Anfang an eine hohe Bereitschaft signalisiert, Flüchtlinge aufzunehmen und zu beschulen. Allerdings werden sie häufig noch zu wenig mit einbezogen.

Manche Ministerien argumentieren damit, dass aufgrund des Wahlrechts der freien Schulen keine Möglichkeit einer Zuweisung besteht. Deshalb ist die Beschulung von Flüchtlingskindern an Ersatzschulen noch sehr heterogen. Hinzu kommt, dass sie bei der Finanzierung häufig noch auf sich gestellt sind. Die Integration der geflohenen Kinder und Jugendlichen in die Schulen ist aber eine große Chance.

Viele Flüchtlingskinder sprechen zum Beispiel mehrere Sprachen, was förderlich für den Unterricht sein kann und fremde Kulturen lebensnah erfahrbar macht. Viele Vorbehalte von Eltern konnten dadurch entkräftet werden. Langfristig hat eine gelungene Integration in die Schulen aber auch positive Auswirkungen auf die Gesellschaft. Denn durch die frühzeitige Integration in das Bildungssystem steigt die Wahrscheinlichkeit, dass auch der spätere Übergang in den Arbeitsmarkt erfolgreich ist. Dadurch wird dem ansteigenden Fachkräftebedarf und dem demografischen Wandel entgegengewirkt. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) haben ergeben, dass wenn es gelingt, 70 Prozent der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dies einen positiven Effekt auf die Wirtschaft und Gesellschaft hat.

Die Frage ist also nicht, ob die geflüchteten Kinder und Jugendlichen für Deutschland einen wertvollen auch ökonomischen Beitrag leisten können, sondern wie schnell das geschehen wird. Die Integration in die Schulen ist dabei der erste Schritt und muss deshalb langfristig gefördert werden.

Eine kürzlich veröffentlichte Studienreihe des DIW hat ergeben, dass neben der Schule auch das Freizeitverhalten der geflüchteten Kinder eine Rolle spielt. Bildungsorientierte Angebote außerhalb der Schule werden von ihnen weniger wahrgenommen. Sie sind beispielsweise weniger in Vereinen aktiv. Auch dieser Bereich muss stärker gefördert werden. Arbeitsgemeinschaften außerhalb des Regelunterrichts sind dafür ein gutes Beispiel und werden auch in freien Schulen angeboten.

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) setzt sich dafür ein, die Situation bei der Integration von Flüchtlingen an freien Schulen zu verbessern. Durch Veranstaltungen, wie Flüchtlingskonferenzen, Parlamentarische Abende oder in persönlichen Gesprächen mit Abgeordneten sucht er den politischen Dialog, damit freie Schulen vermehrt Flüchtlingskinder aufnehmen können. Viele VDP-Einrichtungen gehen dabei mit gutem Beispiel voran und haben bereits erste Willkommensklassen eingerichtet. Denn nur durch eine gemeinsame Beteiligung von staatlichen und freien Bildungsträgern kann die Integration der Flüchtlingskinder in die Schulen langfristig gelingen.

#### Autor:

Dietmar Schlömp, Bundesgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP)

*Der VDP vertritt die Interessen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Erwachsenenbildung und im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen). Der 1901 gegründete Verband mit Sitz in Berlin bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich. [www.privatschulen.de](http://www.privatschulen.de)*

Dieser Beitrag wurde veröffentlicht in der BFS-Info 10/2016.

#### Impressum

Bank für Sozialwirtschaft  
Aktiengesellschaft  
Wörthstraße 15 – 17  
50668 Köln

Registereintrag für den Sitz Köln  
Handelsregister des Amtsgerichts Köln  
Registernummer HRB 29259

Registereintrag für den Sitz Berlin  
Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg  
Registernummer: HRB 64059  
Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

#### Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)  
Thomas Kahleis | Oliver Luckner

#### Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Matthias Berger

#### Kontakt

Telefon 0221 97356-0  
Telefax 0221 97356-219  
E-Mail [bfs@sozialbank.de](mailto:bfs@sozialbank.de)

#### Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für  
Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Sitz Bonn  
Graurheindorfer Straße 108  
53117 Bonn

Wir sind Mitglied im Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken - BVR und der Sicherungseinrichtung angeschlossen.

#### Haftung und Copyright

Der vorliegende Bericht enthält Angaben, Analysen, Prognosen und Konzepte, die den Kunden zur unverbindlichen Information dienen. Es handelt sich hierbei um keine juristische oder sonstige Beratung und stellt kein Angebot jedweder Art dar. Eine Gewähr für die Richtigkeit und inhaltliche Vollständigkeit der Angaben kann von uns nicht übernommen werden.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft AG unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.